

**A N F R A G E** von Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Eva Torp (SP, Hedingen)

betreffend Schädliche Farbstoffe und Konservierungsmittel in Lebensmitteln

---

Gestützt auf neuere wissenschaftliche Erkenntnisse wird in Fachkreisen gewarnt vor der Verwendung von Lebensmittelfarbstoffen in Nahrungsmitteln und dem Konservierungsmittel Natriumbenzoat (E 211). Insbesondere Kinder nehmen viele solche Zusatzstoffe auf über den Verzehr von Süssigkeiten und Limonaden wie Haribo-Fruchtgummis und Orangina. Diese Zusatzstoffe tragen ursächlich zur Entstehung von ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit und Hyperaktives Verhalten) und Übergewicht bei.

Die Pharmaindustrie verdient an diesen gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen erheblich. Nach Ausbildung eines ADHS werden wiederum Medikamente wie Ritalin eingesetzt, um dieses zu behandeln: Doppelter finanzieller Gewinn für diese Industrie, zum Preis erheblicher Gesundheitsschädigung von Kindern und Jugendlichen (und Erwachsenen).

Fachleute, aber auch eine Fachkommission im Britischen Parlament, erheben nun die Forderung nach einem Verbot solcher Zusatzstoffe in Lebensmitteln.

Leider unternimmt das BAG noch nichts in dieser Richtung, sondern will warten, bis noch mehr wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich der schädlichen Auswirkungen bestehen.

Auch wenn die Frage der Zulassung von Zusatzstoffen in Lebensmitteln der Bundesgesetzgebung untersteht, ist doch laut Gesundheitsgesetz der Kanton zuständig für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, die Gesundheitsförderung und die Prävention vor Erkrankungen. Die Zunahme von ADHS und Übergewicht bei Kindern sind bekanntlich hochaktuelle Gesundheitsprobleme, denen sich die Politik anzunehmen hat.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat orientiert über das Gefahrenpotential solcher Zusatzstoffe und wie beurteilt er dieses auf Grund seiner Kenntnisse?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Verantwortbarkeit des Zuwartens des BAG, bis noch mehr Gesundheitsschäden nachgewiesen sind? Ist der finanzielle Gewinn der Lebensmittel- und Pharmaindustrie den Preis weiterer Gesundheitsschädigung wert?
3. Welche Möglichkeiten hat der Kanton, auf das BAG einzuwirken, um es zu einem Verbot der Verwendung von Zusatzstoffen zu bewegen, welche nachweislich die Erkrankungen wie ADHS und Übergewicht - insbesondere bei Kindern - (mit)verursachen?
4. Wie beurteilen andere Kantone diese Situation und gibt es dort Bestrebungen für ein entsprechendes Verbot?
5. Ist der Regierungsrat bereit, diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit anderen Kantonen zu suchen, etwa über die Gesundheitsdirektorenkonferenz?

Peter Schulthess  
Eva Torp